

Ausgabe: 22\_13 vom 20. November 2013 | Themenspecial: **Preisträger Kommunaler Klimaschutz 2013**

## Straßensanierung frisst Altersvorsorge auf

Wird eine Straße repariert, zahlt die Kommune. Viele Kommunen aber lassen die Straßen so kaputt gehen, dass sie komplett erneuert werden muss - auf Kosten der Anlieger. Ein Beispiel aus Stulln im Landkreis Amberg-Weizsach. Barbara Scharf aus Stulln im Landkreis Amberg-Weizsach hat sich vor vielen Jahren ein Haus gebaut - damit hat sie die beste Altersvorsorge, heißt es oft. Nun ist ihr ein Bescheid ins Haus geflattert: 20.000 Euro Anzahlung für Erschließungskosten. Denn die Straße muss erneuert werden. Einen Kredit von der Bank bekommt die Büroangestellte wegen ihres niedrigen Gehalts nicht. Jetzt muss sie den 20.000 Euro-Berg jahrelang vor sich her schieben, mit sechs Prozent Zinsen. "Ich hab noch 20 Jahre Arbeit vor mir. Und danach hab ich ein renovierungsbedürftiges Haus - weil ich alles, was ich über habe, für die Straße abstottern muss." Was die Kommunen zig Jahre aufschieben, trifft vor allem Rentner als Hausbesitzer hart. Denn würde die Straße nur ausgebessert, müsste die Kommune zahlen. Viele Kommunen aber schieben so lange auf und lassen die Straßen so kaputt werden, bis sie komplett erneuert werden muss. Der größte Teil der Kosten kann auf die Anlieger umgelegt werden - dank der Straßenausbau-Beitragssatzung. Es gibt sie jedoch nicht in allen Kommunen Bayerns. "Und viele, die es haben, nutzen es auch nicht", sagt Jürgen Schauer, Präsident des Landesverbandes Wohneigentum. Laut Schauer gibt es die Satzung in 14 von 16 Bundesländern. Der Landesverband Wohneigentum wehrt sich gegen die Straßenausbaubeitragssatzung. Landtag und Politik müssten die Lücken in den Gesetzen schließen, fordert der Verband. Sonst wird die einst sichere Altersvorsorge einer eigenen Immobilie zum Millionengrab. "Die Kommunen gehen immer mehr dazu über, die Straßen herunterkommen zu lassen", sagt Jürgen Schauer, Präsident des Landesverbandes Wohneigentum. Und das trifft vor allem Rentner sehr hart. Der Verband fordert ein kontinuierliches Straßenmanagement von den Kommunen. "Die Straßenausbau-Beitragssatzung muss weg", sagt Schauer. Mitspracherecht haben die Anlieger meistens nicht, ob die Straße neu gemacht wird oder nur geflickt. Barbara Scharf in Stulln und ihre Nachbarn haben ihren Unmut schon geäußert, geholfen hat es nichts. Wo Scharf die 20.000 Euro für die Straße hernehmen soll, weiß sie nicht. "Ein Lottogewinn, aber da fehlt mir die Kohle zum Spielen. Eine Erbschaft ist nicht in Sicht. Ich hab keine Chance, das Ding zu bezahlen." Die Gemeinde Stulln begründet: die alte Straße war eher provisorisch, hatte keine Entwässerung, keinen Frostschutz und jede Menge Risse. Ersterschließung wurde noch nie dafür bezahlt, die alte Straße hatte eine ortsansässige Firma in den 50er Jahren gebaut. Deshalb wurde die Ersterschließung jetzt mit dem Neubau abgerechnet, weil die Anlieger hier ja sonst nie für eine Straße hätten zahlen müssen, sagt der Bürgermeister. Und das sei ungerecht den anderen Gemeindebürgern gegenüber. Im schlimmsten Fall muss Scharf ihr Haus verkaufen. Andere Hausbesitzer in Coburg oder Kitzingen haben das bereits getan. Auch sie mussten für die Erneuerung der Straße vor der Haustür bezahlen, die die Kommune veranlasst hat

BR, 18.11.2013 - [Original Artikel](#)